

## Die Energiepolitik Japans

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2006). Die Energiepolitik Japans. In X. Gu, & K. Kupfer (Hrsg.), *Die Energiepolitik Ostasiens: Bedarf, Ressourcen und Konflikte in globaler Perspektive* (S. 41-60). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-131491>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Die Energiepolitik Japans\*

*Frank Umbach*

Eine Analyse der japanischen Energiesicherheit ist im Wesentlichen aus vier Gründen von besonderem Interesse:

1. Seit den siebziger Jahren konnte Japan seine allgemeine Abhängigkeit von Rohölimporten für die gesamte Energieversorgung des Landes verringern;
2. gleichzeitig war es Tokyo gelungen seine Energieimporte in einem bestimmten Umfang und hinsichtlich neuer Energieträger (Erdgas) aus dem Mittleren Osten in die asiatisch-pazifische Region zu diversifizieren;
3. die regionale Abhängigkeit importierter Energieressourcen war dennoch in erheblichem Umfang regional konzentriert (bei Erdöl aus dem Mittleren Osten und bei Flüssiggas aus Südostasien); und
4. es waren wichtige Veränderungen der regionalen Importabhängigkeiten in bestimmten Zeiträumen zu beobachten (bis 1985 war Japan in der Lage, die Erdölabhängigkeit vom Mittleren Osten zu verringern, während die Abhängigkeit heute wiederum größer ist als jene aus dem Jahr 1973).<sup>1</sup>

---

\* Die folgende Analyse ist im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Globalisierung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entstanden, welches vom Autor am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik durchgeführt und von der Fritz Thyssen Stiftung finanziert wird.

<sup>1</sup> Vgl. Lesbirel, S. Hayden, Diversification and Energy Security Risks: The Japanese Case, 28. Februar 2005, <http://www.nautilus.org/aesnet/2005/FEB2305/LesbirelJapaneseEnergySecurity2004.pdf>, S. 2, Zugriff am: 28.2.2005.

## Herausforderungen im 21. Jahrhundert bezüglich der nationalen Energiesicherheit

Die Frage der Versorgungssicherheit Japans mit Rohstoffen und Energieressourcen war ein wesentlicher Auslöser für den Eintritt Japans in den Zweiten Weltkrieg und den pazifischen Eroberungskrieg.<sup>2</sup> Während der Ölkrise in den siebziger Jahren wurden die japanische Politik und ihre Bürokraten erneut mit einem Ölchock konfrontiert, der zu größeren Diversifizierungsanstrengungen sowohl bei den Energieträgern (Kohle, Kernenergie und Erdgas) als auch den Energieimporten (vor allem Rohöl) führte. Bereits seit den sechziger Jahren spielten die verschiedenen Diversifizierungsstrategien bei Energieträgern und Importländern sowie -regionen, Einsparmaßnahmen und die Verbesserung der Energieeffizienz eine wesentliche Rolle, um das primäre Ziel der Versorgungssicherheit und einer stabilen Energieversorgung des Landes sicher zu stellen.<sup>3</sup> Die Diversifizierungsbemühungen verstärkten sich durch die Ölkrise 1973/74 und die iranische Revolution von 1979 sowie durch den darauf folgenden achtjährigen Iran-Irak-Krieg. Im Zeitraum bis 1984 verringerte sich der Anteil der Energieimporte aus dem Mittleren Osten von 85 auf 59 Prozent, während der Anteil der asiatisch-pazifischen Region auf 40 Prozent aller Energieimporte zunahm. Gleichzeitig nahm der Anteil der Rohölimporte aus dem Mittleren Osten von 85 Prozent im Jahr 1970 auf 70 Prozent im Jahr 1985 ab, bevor dieser bis 1999 auf 86 Prozent erneut anstieg. Dementsprechend nahm der Anteil der Rohölimporte aus der asiatisch-pazifischen Region von 13 auf 29 Prozent im Zeitraum 1970–1990 zu, während er sich danach wieder auf 13 Prozent reduzierte. Zugleich stieg auch der Anteil der Flüssiggas- und Kohleimporte aus der Region Asien-Pazifik an.

Gegenwärtig ist Japan die drittgrößte Wirtschaft der Welt (nach den USA und China) und seit 2003 auf den Status des drittgrößten Energie- und auch Rohölimporteurs abgesunken. Japan ist jedoch weiterhin in extrem hohem Ausmaß von Primärenergieimporten (zu 80 Prozent) abhängig. Bei Rohöl liegt diese Importabhängigkeit sogar bei 98 Prozent. Im Jahr 2002 stellte Japan rund 49,7 Prozent seines Primärenergiebedarfs durch

---

2 Vgl. hierzu auch Yergin, Daniel, *The Prize: The Epic Quest for Oil, Money, and Power*, New York 1991, hier S. 305–327.

3 Vgl. auch Yamanouchi, Yasuhide, »Nuclear Energy and Japan's Security Policy«, *Japan Review of International Affairs*, H. 3 (1997), S. 204–218; Hideaki, Fujii, »Japan«, in: Stares, Paul (Hg.), *Rethinking Energy Security in East Asia*, Tokyo/New York 2000, S. 59–78.

Erdöl sicher, gefolgt von Kohle (18,9 Prozent), Kernenergie (13,7 Prozent), Erdgas (12,7 Prozent) und Wasserkraft (3,7 Prozent) und erneuerbaren Energien (1,1 Prozent).<sup>4</sup> Die Abhängigkeit von Rohölimporten aus dem Mittleren Osten betrug im Jahr 2001 rund 88 Prozent aller Ölimporte. Diese Abhängigkeit dürfte bis 2010 sogar noch weiter auf über 90 Prozent ansteigen. In 2003 führte Japan 5,5 Millionen Barrel täglich ein (2002 5,3 Millionen und 1988 4,8 Millionen). Dies signalisiert, dass die japanischen Diversifizierungsanstrengungen der Rohölimporte seit der Ölkrise 1973/74 nur bedingt erfolgreich gewesen sind. Bereits im Jahr 1967 hatte Tokyo die staatliche *Japan National Oil Corporation* (JNOC) ins Leben gerufen, um so mehr als 300 Öl- und Gasprojekte außerhalb des Landes zu unterstützen und zu koordinieren. Das ursprüngliche Ziel, den Anteil der Involvierung japanischer Firmen in den Auslandsprojekten auf 30 Prozent zu erhöhen, wurde jedoch niemals erreicht. Dieser liegt gegenwärtig lediglich bei etwa 15 Prozent. Daher soll die JNOC aufgelöst werden.

Zur Garantie der Versorgungssicherheit investierte Japan auch in 19 große Bevorratungszentren von Rohöl, welche für die Einlagerung und Stabilität der strategischen Rohölreserve verantwortlich sind. JNOC hatte in den letzten Jahren Rohölreserven für etwa 78 Tage des nationalen Erdölverbrauchs eingelagert. Zusammen mit den strategischen Rohölreserven der privaten Ölfirmen Japans ist das Land theoretisch in der Lage, eine Unterbrechung der Rohölimporte, von bis zu sechs Monaten beziehungsweise 171 Tagen zu kompensieren.<sup>5</sup>

Mittelfristig gedenkt allerdings die japanische Regierung sowohl aus Gründen der Diversifizierung und Versorgungssicherheit als auch aus den Umweltverpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls, verstärkt Erdgas zu importieren, welches die große Erdölabhängigkeit des Landes und seiner Wirtschaft verringern soll. Im Zeitraum 2008 bis 2012 ist so vorgesehen, dass Japan seine Treibhausgasemissionen zu etwa 6 Prozent unter das Niveau von 1990 reduziert. Japan ist bereits heute der weltgrößte Flüssigerdgas (*Liquid Natural Gas*, LNG)-Importeur und bezieht Gas vorrangig aus Südostasien: Indonesien (28 Prozent), Malaysia (20 Prozent), Australien, Brunei (12 Prozent) und geringere Importe aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar, Oman und dem US-Staat Alaska. Im Jahr

---

<sup>4</sup> Vgl. auch Energy Information Agency (EIA), *Japan. Japan Country Analysis Brief*, Washington D.C., August 2004, <http://www.eia.doe.gov/emeu/cabs/japan.html>, Zugriff am: 15.5.2005.

<sup>5</sup> Siehe auch Bayan, Rahman, *Financial Times (FT)*, 28.11.2002, S. 7.

2000 wurden insgesamt 72,3 Milliarden Kubikmeter Flüssiggas eingeführt. Dies machte 97 Prozent aller Erdgasimporte aus. Der jährliche Erdgasbedarf steigt nicht zuletzt aus umweltpolitischen Gründen kontinuierlich um 3 bis 4 Prozent. Allerdings zeigen die Ausfälle der Erdgasimporte aus Indonesien (Arun) aufgrund der innenpolitischen Instabilitäten des Landes in den letzten Jahren, dass auch der Ausbau einer verstärkten Erdgasnutzung nicht ohne Risiken ist.

Trotz der erheblichen staatlichen Förderung von erneuerbaren Energien – Japan ist zum Beispiel der größte Hersteller von Solarzellen – geht auch die japanische Regierung in der mittelfristigen Perspektive davon aus, dass die erneuerbaren Energien nur einen bescheidenen Anteil an der nationalen Energieversorgung sicher stellen können. Mit dem Ausbau der Sonnenenergienutzung von gegenwärtig 205 Megawatt (MW) auf 5 Gigawatt (GW) im Jahr 2010 soll die auf Solarzellenbasis produzierte Elektrizität um jährlich 20 Prozent bis 2030 zunehmen.<sup>6</sup> Bis 2020 wird der Anteil der erneuerbaren Energie aber dennoch nicht mehr als 3 Prozent des Primärenergiebedarfs ausmachen.

In der längerfristigen Perspektive hofft Japan auch, das Potential von Gashydraten wirtschaftlich und technologisch nutzen zu können, um so eines Tages Kohle und Erdöl als Energieträger sukzessive ersetzen zu können. Die japanischen Gashydratvorkommen werden auf 7,4 Billionen Kubikmeter geschätzt – was heute etwa dem 100-fachen jährlichen Gasverbrauch Japans entspricht. Die Aussichten sind jedoch angesichts der technologischen Fortschritte und Innovationen bei den erneuerbaren Energieträgern derzeit eher ungewiss.<sup>7</sup>

Vor diesem Hintergrund des Mangels an einheimischen fossilen Energiequellen und der hohen Abhängigkeit von sicheren Erdöl- und Erdgasimporten stehen in Japan während der nächsten Jahrzehnte im Wesentlichen drei Optionen zur Verfügung:

1. ein weiterer Ausbau und eine noch stärkere Abhängigkeit von der Kernenergienutzung;
2. eine verstärkte Technologieinnovation vor allem bei erneuerbaren Energien (wie der Nutzung der Brennstoffzellen);

---

6 Vgl. Keiko, Omori, »Switching on to New Energy Sources«, *Look Japan*, September 2003, S. 26–27; Sawayama, Shigeki/Tatsuo, Yagishita, »Fermenting an Energy Revolution«, *The Japan Journal*, Dezember 2004, S. 24–26.

7 Vgl. Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)/IEA (Hg.), *World Energy Outlook 2002*, Paris 2002, hier S. 216.

3. eine Förderung von Energieeinsparmaßnahmen und eine weitere Verbesserung der Energieeffizienz.<sup>8</sup>

In jedem Fall wird die Zielvorstellung der Aufrechterhaltung der »3 Es« (*energy security, economic development* und *environmental sustainability*) auch weiterhin eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für jede japanische Regierung sein. Trotz der Verstärkung von marktwirtschaftlichen Reformen und Deregulierungsanstrengungen sind die Energiepreise in Japan noch immer unter den höchsten im Kreis der Internationalen Energiebehörde (*International Energy Agency, IEA*)-Mitgliedsstaaten. Die größte Unsicherheit besteht jedoch im weiteren Ausbau der Kernenergienutzung.

### Unsicherheiten bei der zukünftigen Kernenergieoption und das regionale Misstrauen in Japans zivile Nuklearaktivitäten

Gegenwärtig hat Japan 51 Nuklearreaktoren in Betrieb, die 45 GW Elektrizität produzieren. Nur die USA und Frankreich besitzen mehr Nuklearkraftwerke. Bis 2010 soll die Kernenergienutzung für 40 Prozent der gesamten Elektrizitätserzeugung des Landes garantieren, während dies im Jahr 2003 etwa 35 Prozent (vor der Abschaltung von 17 Reaktoren; danach nur etwa 25 Prozent – siehe unten) und im Jahr 1990 noch 27 Prozent waren. Nach offiziellen Angaben Tokyos soll die Nutzung der Kernenergie jährlich um 1,8 Prozent steigen. Der Anteil am gesamten Energiebedarf würde dann von derzeit 13 auf 18 Prozent im Jahr 2030 zunehmen. Zu diesem Zeitpunkt könnte der japanische Anteil an der weltweiten Nutzung der Kernenergie dann bis zu 21 Prozent betragen. Um dieses Ziel allerdings zu realisieren, müsste Japan bis dahin etwa 16 bis 20 neue Reaktoren bauen.

Die Gründe für den Ausbau der Kernenergieoption sind zwar nicht allein, aber dennoch wesentlich auf die Kyoto-Verpflichtungen zurück zu führen. In dem zehnjährigen Energieplan der Regierung aus dem Jahr 2002 sollen rund 30 Prozent mehr Strom aus Kernkraftwerken bis 2011 produziert werden. Dieses schließt den Bau von neun bis zwölf neuen Reaktoren bis 2011 mit ein, die zusätzlich 17,5 GW Strom produzieren sollen. Doch

---

<sup>8</sup> Vgl. auch Yoichi, Kaya, »Demanding Targets for Energy Conservation«, *Look Japan*, Januar 2002, S. 34–36.

angesichts der zahlreichen Unfälle in japanischen Kernkraftwerken seit Mitte der neunziger Jahre und der darauf zurück zu führenden innenpolitischen Widerstände ist das Ziel des Ausbaus der Kernenergieoption auf 41 Prozent der Elektrizitätserzeugung bis 2011 mit Fragezeichen versehen.

Bereits nach dem Reaktorunfall in der Urankonversionsanlage Tokaimura in der Präfektur Ibaraki (140 Kilometer nordöstlich von Tokyo) im September 1999, bei dem zwei Arbeiter ihr Leben verloren und ein weiterer schwer verstrahlt wurde, war ein Anstieg der innenpolitischen Besorgnisse gegenüber Kernkraftwerken von 21 auf 52 Prozent zu konstatieren.<sup>9</sup> Unter Missachtung elementarer Sicherheitsbestimmungen war eine unkontrollierte, rund 20 Stunden andauernde Kettenreaktion sowie eine Freisetzung von Radioaktivität erfolgt. Bei der Untersuchung wurde auch bekannt, dass die damalige staatliche Aufsichtsbehörde für Atomsicherheit im Betrieb vor dem Unfall sieben Jahre keine einzige Inspektion durchgeführt hatte.<sup>10</sup>

Zudem sollte der stillgelegte Schnellbrüter-Reaktor Monju, der mehr Brennstoff produziert als verbraucht, nach einer Generalüberholung eigentlich wieder in Betrieb gehen, nachdem er bereits in der Probephase im Dezember 1995 nach einem Brand und aufgrund eines Natrium-Lecks abgeschaltet worden war. Doch der Widerstand von Bürgergruppen hatte dies bis Ende Mai 2005 verhindert.<sup>11</sup> Nun hat der Oberste Gerichtshof Japans am 30. Mai 2005 ein Urteil eines Oberlandesgerichts aufgehoben, wonach die Genehmigung des Prototyps des Schnellen Brütters Monju als ungültig beurteilt worden war.<sup>12</sup> Demgegenüber konnte die Plutonium-Wiederaufbereitungsanlage von Tokai, in der 1997 ein Feuer ausbrach und zu einer Explosion führte, ihren Betrieb kurze Zeit später wieder aufnehmen.

Im August 2002 wurden erhebliche Mängel bei Routineinspektionen der Reaktoren der *Tokyo Electric Power* (TEPCO) festgestellt. Dies führte zur zeitweisen Schließung aller 17 Reaktoren von TEPCO, die 44 Prozent der Elektrizitätsversorgung Tokyos sicherstellen. Der Ausfall der Reakto-

---

9 Vgl. Chao, Chih-ling, *Energy Security in Japan, Peace Forum Essays* (Taipeh/Taiwan), <http://www.dsis.org.tw/peaceforum/p-2e.htm#7>, Zugriff am: 25.5.2005.

10 Vgl. Dawson, Chester u.a., »Nuclear Alert for Asia«, *Far Eastern Economic Review* (FEER), 14.10.1999, S. 18–19; French, Howard W., *International Herald Tribune* (IHT), 1.10.1999, S. 1 und 8.

11 Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ), 8.6.2001, S. 5.

12 Vgl. Japan Brief des Foreign Press Center Japan, 9.6.2005, [http://www.de-emb-japan.go.jp/presse/jp\\_050609.html](http://www.de-emb-japan.go.jp/presse/jp_050609.html), Zugriff am: 9.6.2005.

ren in den folgenden beiden Jahren zwang Japan, zusätzlich Rohöl- und Erdgas einzuführen. Erst im August 2004 waren alle 17 Reaktoren wieder im operativen Betrieb zur Stromproduktion. Gleichzeitig war im August 2002 aus einem Atomkraftwerk in der südjapanischen Präfektur Ehime eine geringe Menge radioaktiv belastetes Kühlwasser aus einem Leck ausgelaufen. Die Vertuschungsversuche von Mängeln bei TEPCO, dessen Management unter anderem auch Ergebnisberichte systematisch gefälscht, Risse in Röhren verschwiegen oder pauschal alles verharmlost hatten, führten zur Entlassung von fünf Topmanagern. Gleichwohl konnten sie jedoch das ohnehin angeschlagene Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheit der eigenen Kernkraftwerke nicht wieder herstellen. Auch stellten sich in diesem Zusammenhang kritische Fragen bezüglich der Verflechtung von TEPCO und der seit Jahrzehnten regierenden Liberal-Demokratischen Partei (*Liberal Democratic Party*, LDP).<sup>13</sup>

Im heißen Sommer 2003, als die Temperaturen auf über 40 Grad gestiegen waren, die Luftfeuchtigkeit mehr als 75 Prozent erreichte und die Klimaanlage in Tokyo und anderen Großstädten auf Hochbetrieb liefen, klaffte eine Energielücke von 5.500 MW in der Region Tokyo (die Gesamtkapazität der japanischen Atomreaktoren war im Juni 2003 auf lediglich 47 Prozent abgesunken). Um diese zu schließen, hätten allein sechs bis acht stillgelegte Kernkraftreaktoren wieder ans Netz gehen müssen. Zu diesem Zeitpunkt hatten jedoch erst zwei der 17 stillgelegten Kernkraftwerke ihren Betrieb aufgenommen. In der Krisensituation wurden zwar weitere vier Atomkraftwerke wieder in Betrieb genommen, doch reichte dies nicht für eine ausreichende Stromversorgung Tokyos, das drastische administrative Einsparmaßnahmen für Privathaushalte und Industrie verkünden musste.<sup>14</sup>

Der Nuklearunfall vom August 2004 im Kernkraftwerk von Mihama, bei dem vier Arbeiter durch ausgetretenen, nicht-radioaktiven Dampf ums Leben kamen, hat die Regierungspolitik nicht populärer gemacht. Auch bei diesem Unfall bestätigte sich später, dass die Röhre mit dem 300 Grad heißen Dampf seit 28 Jahren (1976 – dem Jahr der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks) nicht mehr inspiziert worden war.<sup>15</sup> Daher muss die

---

13 Vgl. *Asahi Shimbun*, 31.8.2002; *FAZ*, 4.9.2002, S. 6; Henrik Bork, *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 3.9.2002, S. 8.

14 Vgl. *Die Welt*, 14.7.2003, S. 14; *Wall Street Journal Europe (WSJE)*, 17.2.2003, S. A3.

15 Vgl. Pilling, David, *FT*, 10.8.2004, S. 1; Kin, Kwan Wenig, *Straits Times*, 11.8.2004 (Internetversion); Brooke, James, *IHT*, 10.8.2004, S. 1 und 4.

Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die Kernenergie oberstes Gebot in der Energiepolitik der Regierung sein. Dieses gilt um so mehr, als Japan nur noch wenig technologischen und administrativen politischen Spielraum hat, die Energieeffizienz von Haushalten, Industrie und Verkehr ohne signifikante Technologieinnovationen (wie die Brennstoffzelle) deutlich zu verbessern. Aus diesem Grund ist derzeit auch unsicher, ob Japan die eingegangenen Kyoto-Verpflichtungen wirklich bis 2012 erfüllen kann. Staat einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 6 Prozent bis 2012 gegenüber dem Niveau von 1990 lagen diese im Jahr 2002 noch 7,6 Prozent über dem Niveau jenes Jahres.<sup>16</sup>

Im Jahr 2004 beschloss die nationale Behörde für Ressourcen und Energie (*Agency for Natural Resources and Energy*, ANRE) eine Revision ihrer Nuklearpläne, nach der bis 2030 nur noch zehn und bis 2010 nur noch vier (weniger als die Hälfte der ursprünglichen Anzahl) neue Reaktoren gebaut werden sollen. Ob die verringerte Anzahl der Atomreaktoren aber wirklich durch zusätzliche Energieeinsparmaßnahmen und erheblich subventionierte erneuerbare Energien ausgeglichen werden kann, ist mehr als unsicher. Die mögliche Konsequenz wären dann noch höhere Importe von Rohöl und Flüssiggas, welche jedoch den angestrebten Diversifizierungsanstrengungen und der nationalen Versorgungssicherheit zuwider laufen würden. So würde der Ausfall von 28 GW im Zuge des geplanten Atomkraftwerkbaus einen zusätzlichen Rohölimport von 1,2 Millionen Barrel täglich oder 186,7 Milliarden Kubikmeter pro Tag an Flüssiggaseinfuhren zur Folge haben und die Risiken einer stabilen Versorgungssicherheit erhöhen.<sup>17</sup> Daher stärkt die Kernenergieoption Japans zukünftige Energie- und Versorgungssicherheit.

Neben den innenpolitischen Widerständen gegen den Ausbau der Kernenergieoption gibt es auch weiterhin internationale Besorgnisse, inwieweit die japanischen atomaren Aktivitäten nicht auch möglicherweise einer militärischen Nuklearkoption dienen könnten.<sup>18</sup> Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Wiederaufbereitung von Brennstäben, da dabei auch Uran und Plutonium aufbereitet werden. Bis vor kurzem besaß Japan nur eine

---

16 Vgl. Jopson, Barney, *FT*, 6.12.2004, S. 4; und Kaya, Yoichi, »Demanding Targets for Energy Conservation«, *Look Japan*, Januar 2002, S. 34–35.

17 Vgl. Medlock, Kenneth B. III/Peter Hartley, »The Role of Nuclear Power in Enhancing Japan's Energy Security«, James Baker III Institute for Public Policy of Rice University, September 2004, hier S. 2.

18 Vgl. auch. Harrison, Selig S. (Hg.), *Japan's Nuclear Future. The Plutonium Debate and East Asian Security*, Washington D.C. 1996.

kleine Wiederaufbereitungsanlage für Uran- und Plutoniumbrennstäben mit einem Umfang von 90 Tonnen. Eine größere Anlage (Rokkasho-Mura) mit einer Kapazität von 800 Tonnen pro Jahr soll im Jahr 2005 fertig gestellt worden sein. Darüber hinaus besitzt Japan auch eine MOX-Anlage zur Wiederaufbereitung. Diese stieß auch in den USA auf politische Vorbehalte, zumal US-Energieexperten die Wiederaufbereitung für teurer halten als die entsprechende sichere Lagerung von Brennstäben.<sup>19</sup> Demgegenüber hält die *Atomic Energy Commission of Japan* an ihren Plänen zur Wiederaufbereitung von gebrauchten Brennstäben fest, da im Jahr 2016 alle Kernkraftwerke ihren Betrieb einstellen müssten, wenn Japan nicht einen vollständigen Nuklearbrennstoffkreislauf aufbauen sollte.<sup>20</sup> Allerdings hat inzwischen auch das einflussreiche japanische Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (*Ministry of Economy, Trade and Industry*, METI) gegenüber dem Parlament zugeben müssen, dass ein Dokument aus dem Jahr 1994 existiert, das bereits auf die höheren Kosten der Wiederaufbereitung gegenüber einer sicheren Lagerung von Brennstäben hingewiesen hatte.<sup>21</sup> Daher votiert inzwischen auch eine zunehmende Anzahl von LDP-Abgeordneten gegen einen vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf und die Wiederaufbereitungsanlage von Rokkasho. Diese wird Ende 2005 ihren Betrieb aufgenommen haben und für rund 10 Prozent aller zivilen Brennstäbe, die Japan benötigt, verantwortlich sein. Theoretisch jedoch könnte Japan mit dieser Anlage auch bis zu 1.000 Nuklearsprengköpfe produzieren. Gerade vor dem Hintergrund der Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel würde sich der Druck nicht nur auf Südkorea, sondern auch auf Japan und Taiwan verstärken, ebenfalls ernsthaft über eine Nuklearwaffenoption nachzudenken.<sup>22</sup> Sowohl Südkorea als auch Taiwan besaßen während der siebziger und achtziger Jahre bereits Nuklearwaffenprogramme, bevor die beiden Verbündeten der USA auf massiven Druck Washingtons hierauf verzichteten. Auch dürfte das weiterhin bestehende Misstrauen einiger asiatischer Staaten (wie China und Südkorea) in die zivilen japanischen Nuklearaktivitäten durch die gewaltige Wiederaufbereitungsanlage in Rokkasho eher weiter zunehmen. So war Japan aufgrund seines riesigen

---

19 Vgl. *Japan Times*, 9.6.2004 (Internetversion).

20 Vgl. *Yomiuri Shimbun*, 27.9.2004 (Internetversion).

21 Vgl. *Japan Times*, 6.7.2004 (Internetversion) und Northeast Asia Peace and Security Network (NAPSNET)-Daily Report, 13.7.2004.

22 Vgl. Robbins, Carla Ann/Fairclough, Gordon, *WSJ*, 16.6.2005, S. A3.

Vorrates an Nuklearmaterialien (38.000 Kilogramm), welches derzeit noch aufgestockt wird und im Jahr 2020 sogar 145.000 Kilogramm umfassen könnte, von China und anderen Staaten immer wieder verdächtigt worden, eines Tages doch Nuklearwaffen zu entwickeln.<sup>23</sup>

Während dies bisher aber stets eine Mindermeinung war und auch die innenpolitischen Diskussionen in den neunziger Jahren das Streben nach einer Nuklearwaffenoption keineswegs widerspiegeln, hat sich dies in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Das »nukleare Tabu« ist inzwischen gebrochen, Pro- und Contra-Positionen einer Nuklearwaffenoption finden sich nun in zahlreichen Zeitschriften und sind so gewissermaßen eine »Normalität« geworden.<sup>24</sup> Durch einen Generationswechsel beeinflusst, scheint dieser die pazifistische Grundströmung mit ihren anti-militaristischen Zügen zumindest abzuschwächen, wie Umfragen belegen.<sup>25</sup> Während der stellvertretende Verteidigungsminister Japans, Shingo Nishimura, noch 1999 wegen Äußerungen zu einer Nuklearwaffenoption zurücktreten musste, war dies im Frühjahr 2003 für den stellvertretenden Leiter des Kabinettssekretariats, Shinzo Abe, nicht notwendig, als er äußerte, dass die begrenzte Anwendung von taktischen Nuklearwaffen zur Verteidigung Japans nicht »notwendigerweise« der Verfassung des Landes widerspreche.<sup>26</sup> Auch sein Chef, Kabinettssekretär Yasuo Fukuda, pflichtete ihm am 30. Mai 2003 bei, in dem er darauf hinwies, dass Japan jederzeit seine Politik auch hinsichtlich einer Nuklearwaffenoption ändern könne. Die drei Denuklearisierungsprinzipien (Nuklearwaffen »nicht zu produzieren, zu besitzen und nicht weiterzugeben«) aus dem Jahr 1967 seien aufzugeben wie auch die Verfassung geändert werden könnte.<sup>27</sup> Der Präsident der oppositionellen Liberalen Partei, Ichiro Ozawa, hatte China bereits am 6. April 2002 öffentlich gewarnt, dass Japan jederzeit leicht mehrere tausend Nuklearwaffen produzieren könnte, um die Oberhand gegenüber China zu gewinnen, wenn Tokyo von Beijing herausgefordert würde.<sup>28</sup> Im japani-

---

23 Zum Hintergrund siehe Harrison, *Japan's Nuclear Future* [wie Fußnote 18].

24 Vgl. Lague, David/Moffet, Sebastian, »A New Menace Makes Japan Rethink«, *FEER*, 27.2.2003, S. 13–14.

25 Vgl. Onishi, Norimitsu, *IHT*, 20.11.2003, S. 1 und 4; Tidten, Markus, »Japans Militär. Neuer Auftrag und alte Grenzen?«, SWP-Studie 23, Berlin, Juni 2003, hier insbesondere S. 17.

26 Vgl. Marquand, Robert, *Christian Science Monitor*, 15.8.2003.

27 Vgl. »In Japan, Nuclear Debates Continues«, *Stratfor.Com.*, 3.6.2002.

28 Vgl. French, Howard W., *IHT*, 4.6.2002 (Internetausgabe); Lim, Robyn, ebd., 13.6.2002, S. 8; »Japan Has Technology for Nukes, Needs the Will«, *Stratfor.Com.*, 10.4.2002;

schen Unterhaus sollen sich sogar fast 20 Prozent der Parlamentarier für eine Nuklearwaffenoption für den Fall ausgesprochen haben, dass die internationalen Entwicklungen das Land in diese Richtung drängen würden.<sup>29</sup>

Solange jedoch Japan im Rahmen der Internationalen Atomenergiebehörde (*International Atomic Energy Agency*, IAEA) seine zivilen Anlagen durch effektive Inspektionen kontrollieren lässt und die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Nuklearschirmes im Rahmen der US-japanischen Sicherheitsallianz gegeben ist, sind Befürchtungen vor einer Nuklearwaffenoption Japans weitgehend überzogen. Allerdings hat die IAEA aus Gründen mangelnder finanzieller Ressourcen sowie mangels Inspektoren und weil sie den japanischen Versicherungen einer ausschließlich zivilen Nutzung der Kernenergie vertraut<sup>30</sup>, die Inspektionen der japanischen Nuklearanlagen auf fünf pro Jahr reduziert. Darüber hinaus hat der Generaldirektor der IAEA, Mohamed El Baradei, im Januar 2005 vorgeschlagen, ein weltweit einjähriges Moratorium für alle Wiederaufbereitungsanlagen zu vereinbaren, um so einerseits den Iran und Nordkorea zu überreden, ihre Nuklearwaffenprogramme aufzugeben, andererseits so zu verhindern, dass sensitive Nuklearmaterialien in falsche Hände gelangen. Dies würde natürlich auch für jene Japans gelten.

Demgegenüber investiert Japan auch weiterhin erhebliche Forschungsgelder in die zukünftige Fusionstechnologie und den Fusionsreaktor Iter, obwohl die jüngste Entscheidung, den ersten internationalen, 12 Milliarden teuren Forschungsreaktor (durch ein Konsortium aus sechs Partnern: die EU, Japan, Russland, die USA, China und Südkorea) in Cadarache (Frankreich) zu bauen<sup>31</sup>, in Japan auf Enttäuschung stoßen musste. Daher wurden Japan Sonderkonditionen eingeräumt. Obwohl es wie die anderen Partner (bis auf Frankreich) nur 10 Prozent aller Kosten zahlen muss, erhält Japan 20 Prozent der Aufträge.<sup>32</sup>

---

Glosserman, Brad/Nakagawa, Yumiko, »Trust Japanese Democracy«, *PacNet Newsletter*, Nr. 26 (28 June 2002); Kruger, David, »Never Say Nuclear«, *FEER*, 4.7.2002, S. 16–17.

29 Vgl. Global Security Newswire, 1. November 2003, <http://www.nti.org>, Zugriff am: 14.5.2005.

30 1999 hatte Japan das IAEA-Protokoll zur Stärkung der »Safeguards« ratifiziert.

31 Vgl. Holland, Tom, »A Star is Born«, *FEER*, 4.11.2004, S. 14–19; Pilling, David, *FT*, 20.11.2004, S. 2.

32 Vgl. NZZ, 29.6.2005, S. 1–2; FAZ, 29.6.2005, S. 1–2.

## Japans Öl- und Gasdiplomatie

### Persischer Golf und die Iran-Problematik

Im Jahr 2000 machten die Rohölimporte Japans aus der Region des gesamten Persischen Golfes insgesamt nicht weniger als 85,1 Prozent des gesamten bilateralen Handels aus.<sup>33</sup> Bereits im Februar des Jahres waren die großen Ölimporte von den Khafji-Ölfeldern Saudi-Arabiens von Riad nicht verlängert worden. Da Japan keine größeren Rüstungsexporte (außer *Dual-Use-Technologien*) erlaubt und auch engere militärpolitische Kooperationen aufgrund der Verfassungslage nicht möglich sind, ist der japanische Verhandlungseinfluss stets geringer gewesen als zum Beispiel derjenige Frankreichs oder Großbritanniens.<sup>34</sup> Mit dem Ausfall dieser saudischen Ölimporte verstärkte sich nun der Druck auf Ölimporte aus anderen Ländern.

Problematisch waren dabei insbesondere die Bemühungen Tokyos, neue Öl- und Gasimporte mit dem Iran zu vereinbaren. Dies musste Tokyo automatisch auf Kollisionskurs mit Washington führen, das in seiner Sanktions- und Embargopolitik gegenüber Teheran aufgrund seiner Nuklearwaffenambitionen, der Unterstützung terroristischer Gruppen (wie die Hisbollah und andere) und aufgrund des Traumas der iranischen Botschaftsbesetzung 1979 sowie der fehlgeschlagenen Geiselnbefreiung amerikanischer Botschaftsangehöriger bis heute unnachgiebig geblieben ist. Vor diesem Hintergrund waren alle US-Administrationen seit Beginn der achtziger Jahre daran interessiert, Teheran politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Insoweit musste die japanische Kreditvergabe an Teheran in Höhe von 3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001, welche Iran durch Öllieferungen zurückzahlen wollte, zu politischen Protesten Washingtons führen. Aus Sicht der USA drohte einer seiner engsten Alliierten politisch abtrünnig zu werden und die gesamte Iran-Politik der USA zu untergraben. Zu jenem Zeitpunkt war der Iran bereits der drittgrößte Öllieferant Japans (nach den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi-Arabien). Japan konnte nach 1979 bis 1990 seine guten bilateralen Beziehungen mit dem Iran nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar ausbauen. Erst nach 1990, als Japan auf Druck der USA sich aus einem großen petrochemischen Projekt zurückziehen musste, erodierten die bilateralen Beziehungen. Seit 1993 erfolgten

---

<sup>33</sup> Vgl. *Kuwait Times*, 23.7.2001 (Internetversion).

<sup>34</sup> Vgl. Harney, Alexandra, *FT*, 28.1.2000, S. 8.

keine japanischen Investitionen mehr im Iran, wenngleich der Status Teherans als drittgrößter Ölimporteur Japans bestehen blieb.

Mit dem Amtsantritt der Bush-Administration im Jahr 2000, welche Teheran offiziell zur »Achse des Bösen« erklärte, mussten die japanisch-iranischen Beziehungen noch mehr unter Druck geraten. Angesichts der Probleme der Diversifizierung japanischer Ölimporte sah sich die japanische Regierung unter Junichiro Koizumi dennoch gezwungen, ungeachtet der Kritik Washingtons die Öl- und Gasimporte aus dem Iran zu erhöhen.<sup>35</sup> Am 8. Juni 2001 wurde eine Absichtserklärung mit Teheran vereinbart, das gewaltige Azagedan-Ölfeld – das zu jener Zeit größte unerschlossene Ölfeld seit 1982 – mit geschätzten 26 Milliarden Fass Rohölreserven zu erschließen. Tokyo war offenbar bereit, hierfür einen größeren politischen Konflikt mit Washington zu riskieren, auch wenn US-Energiefirmen selbst der eigenen Sanktionspolitik zunehmend kritisch gegenüber standen oder die Sanktion sogar selbst umgingen. Insgesamt hoffte Tokyo mit dem 2,5 Milliarden-US-Dollar-Geschäft zur Erschließung des Azagedan-Ölfeldes etwa 300.000 Barrel täglich über einen Zeitraum von 20 Jahren zu garantieren. Der US-Druck auf Tokyo war insoweit bereits im Sommer 2003 erfolgreich, als das japanische Lavieren dazu führte, dass der Iran sich nun eine Alternative suchte und fand: China – mit dem Tokyo sich ohnehin in einem verschärften politischen und energiewirtschaftlichen Ressourcenwettstreit befindet.<sup>36</sup> Zu diesem Zeitpunkt war der Druck auf die japanische Regierung angesichts der Abschaltung von 17 Nuklearreaktoren ohnehin noch größer, da Tokyo gezwungen war, den Ausfall des Atomstroms durch zusätzliche Öl- und Gasimporte auszugleichen. Im September 2003 gab Tokyo schließlich dem Druck Washingtons nach und erklärte, dass die Vereinbarung von Ölimporten aus dem Azagedan-Ölfeld des Irans nicht losgelöst von dem kontroversen zivilen Nuklearprogramm Teherans gesehen werden dürfte. Auch wenn die Nichtverbreitungspolitik stets ein hohes Ziel der japanischen Außenpolitik gewesen war, so stand diese bisher in den Beziehungen gegenüber dem Iran und der Lösung der Energieprobleme Japans eindeutig zurück.<sup>37</sup> Wenige Tage später machte

---

35 Vgl. Thornhill, John u.a., *FT*, 30.4.2002, S. 9. – Zur Notwendigkeit eines solchen strategischen Dialoges zwischen beiden Seiten siehe Calder, Kent E., »Toward an U.S.-Japan Energy Policy Dialogue«, *Gaiko Forum*, Nr. 1 (2005), S. 14–18.

36 Vgl. Bhattacharya, Rajat, *IHT*, 2.7.2003 (Internetversion); Rhahman, Bayan, *FT*, 30.7.2003; Rhahman, Bayan/David Pilling, ebd., 8.8.2003, S. 14.

37 Vgl. *Asabi Shimbun*, 2.7.2003 (Internetversion); Pilling, David, ebd., 25.9.2003 (Internetversion).

die japanische Regierung wiederum eine Kehrtwende und erklärte, dass die nukleare Frage nicht mit dem Azagedan-Projekt in Verbindung stehe. Tokyo erwartete, dass Washington auch weiterhin eine Ausnahmegenehmigung für die japanischen Ölfirmen gewähre, so dass keine US-Sanktionen gegen japanische Ölfirmen zu befürchten seien.<sup>38</sup> Dies führte schließlich 2003 zu den ersten US-japanischen Energiegesprächen seit 1996.<sup>39</sup> Gleichzeitig verstärkte der Iran den Druck auf Tokyo indem er ein neues Ultimatum stellte, wonach das japanische Konsortium bis zum 15. Dezember 2003 entscheiden solle (nachdem es den ursprünglichen Termin bis zum 30. Juni hatte einfach verstreichen lassen), ob es bei den Entwicklungsrechten mitbieten wolle.<sup>40</sup> Im Januar 2004 war es Tokyo schließlich – zu jener Zeit noch zweitgrößter Ölkonsument – trotz des Drucks aus Washington und Teheran (als zweitgrößtem Ölproduzenten der Organisation erdölexportierender Länder (*Organization of the Petroleum Exporting Countries*, OPEC)) gelungen, die Erschließungsrechte für die Ausbeutung des Azagedan-Ölfeldes in den nächsten 16 Jahren zu erhalten.<sup>41</sup>

Zur gleichen Zeit wurde jedoch auch klar, dass China seine Öl- und Gasimporte aus dem Iran erheblich ausbaute und auf die Politik sowie Bedenken Washingtons keinerlei Rücksicht nahm. Tatsächlich sieht Beijing im Ausbau der Beziehungen zum Iran nicht nur wirtschaftliche Gewinne und die teilweise Lösung seiner rapide steigenden Öl- und Gasimporte<sup>42</sup>, sondern auch die aktive Forcierung seiner außenpolitischen Konzeption einer »multipolaren Weltordnung«. Diese ist eindeutig gegen die Status-quo-Interessen der USA auf regionaler und globaler Ebene gerichtet. Nachdem sich schließlich Tokyo doch einer verschärften Iran-Politik der USA und auch der EU nach dem jüngsten Irak-Krieg angeschlossen hatte, wurde das vom Iran präferierte Recht Japans zur Entwicklung des Ölfeldes am 22. September 2004 zurückgezogen. Der Gewinner war zugleich der regionale und zunehmend auch globale Konkurrent China, wenngleich die chinesische *Petro-Chemical International* zusammen mit *Shell* und dem französischen Energiekonzern *Alfa* um die endgültigen Ausbeutungsrechte noch ringen wird.

---

38 Vgl. *Asahi Shimbun*, 9.7.2003 (Internetversion).

39 Vgl. NAPSNET-Daily Reports, 5.8.2003.

40 Vgl. Dinmore, Guy/Rahmann, Bayan, *Financial Times Deutschland (FTD)*, 8.12.2003, S. 18.

41 Vgl. Jones, Sally, *WSJ*, 19.2.2004, S. 2.

42 Vgl. die 20 Milliarden US-Dollar-Vereinbarung zum Kauf von iranischem Erdgas durch Beijing, *Bahrain Tribune*, 19.3.2004 (Internetversion).

Teheran wiederum war am Ende somit erfolgreich in der Lage gewesen, die globale Eindämmungspolitik der USA gegenüber dem Iran und seinem wohl faktischen Nuklearwaffenprogramm nachhaltig zu schwächen, indem es zunächst Japan und dann noch sehr viel erfolgreicher China gegen die USA in Stellung gebracht hatte. Der politische Gewinn dürfte dabei noch größer als der wirtschaftliche sein. Auf absehbare Zeit besteht wohl kaum Aussicht, dass mögliche Sanktionen gegen den Iran als Folge seiner mangelnden Kooperation mit den Vereinten Nationen (*United Nations*, UN), der IAEA, der EU und den USA im Sicherheitsrat der UN beschlossen werden. So hatte China wiederholt erklärt, sich einer solchen Politik zu widersetzen und daher auch von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen. Vor diesem Hintergrund hat Japan aus seiner Sicht nicht nur Einfluss gegenüber dem Iran, sondern auch in der strategischen Konkurrenz mit China verloren.

Aus diesem Grund hat Japan auch seine Anstrengungen zum Import von Öl, Gas und Uran aus Afrika verstärkt, sieht sich jedoch auch dort verstärkter chinesischer Konkurrenz gegenüber.<sup>43</sup> Diese drängt vielfach die japanischen Firmen aus den Märkten, da sie als staatliche Firmen willens und auch fähig sind, häufig weit über den Weltmarktpreis Konkurrenten finanziell auszubooten.

#### Der Pipelinestreit mit Russland und China

Im Jahr 2001 hatte Russland China den Bau einer großen Ölpipeline im Rahmen der Unterzeichnung des ersten Freundschaftsvertrages seit mehr als 50 Jahren zugesagt. Im darauf folgenden Jahr hatte der russische Präsident Vladimir Putin erklärt, etwa 2 Milliarden US-Dollar in den Bau der 2.247 Kilometer langen Ölpipeline von Angarsk in Sibirien nach Daqing in China zu investieren. Mit dieser Pipeline sollten etwa 600.000 Barrel täglich oder 20 Millionen Tonnen pro Jahr ab 2005 nach China geliefert werden. Verantwortlich für den Bau der Pipeline war auf russischer Seite ausgerechnet *Yuko*s. Mit der Chodorkowski-Affäre geriet jedoch auch das Pipelineprojekt bald ins Stocken. Der Grund hierfür waren nicht allein die vermeintlichen Präsidentschaftsambitionen des *Yuko*s-Chefs, sondern auch die

---

<sup>43</sup> Vgl. »Japan's Energy Plan for West Africa«, *Stratfor.Com*, 26.2.2001; Li, Ming-juinn, »Oil Politics between China and Japan«, *Taiwan Perspective e-Paper (INPR, Taiwan)*, Nr. 48, 29.11.2004.

Tatsache, dass dies die erste private Ölpipeline Russlands gewesen wäre, welche das staatliche Pipelinemonopol über den Pipelinemonopolisten *Transneft* aufgehoben hätte. *Yukos* war der offizielle Partner der *Chinese Petroleum Company*, die beide für den Bau der Pipeline auserkoren waren. Dabei hatte *Yukos* China zugesichert, bis 2005 400.000 Barrel täglich und bis 2010 sogar 600.000 Barrel täglich zu liefern. Von daher war nicht nur der Widerstand der russischen Öl- und Gaskonkurrenten<sup>44</sup> von *Yukos* wenig überraschend, sondern auch der des Kremls, der auf dieses Monopol und damit auf das außen- und sicherheitspolitische Instrument des Pipelinebaus nicht verzichten wollte.

Zudem erklärte auch Japan ab 2002 sein Interesse an einer Pipeline von Angarsk an die pazifische Küste zu den Hafenanlagen von Nachodka. Von dort könne das Öl nach Japan, aber auch in die USA oder andere asiatische Staaten verschifft werden. Auf Seiten Japans und Russlands spielten von Beginn an auch politische Motivationen eine Rolle.<sup>45</sup> Dies gilt insbesondere für die Normalisierung der bilateralen Beziehungen, da ein Friedens- und Freundschaftsvertrag noch immer nicht (seit 1945 aufgrund der von Russland annektierten Inseln der Nördlichen Territorien, die »südlichsten Kurilen-Inseln«) existiert. Eine solche Normalisierung – die interessanterweise auf militärpolitischer Seite inzwischen mehr als auf außenpolitischer Ebene vorankommt<sup>46</sup> – ist nicht zuletzt wegen China im beiderseitigen Interesse. Aus Sicht Tokyos erhöht dies den außen- und sicherheitspolitischen Spielraum gegenüber Beijing, welches auch eine verstärkte Einflussnahme auf Moskau mittel- und langfristig nicht ausschließt. Auch aus Moskauer Sicht ist dies insoweit dringend erwünscht, als eine politische und wirtschaftliche Rückversicherung mit Japan im Falle einer veränderten Politik Chinas gegenüber Russland auch im Kontext der alarmierenden demographischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Trends beider Seiten vor allem in Sibirien mittel- und langfristig zu Lasten der Russischen Föderation gehen dürfte.<sup>47</sup> Hierbei erklärte sich Japan bereit,

---

<sup>44</sup> *Gasprom* hatte sich mit *Rosneft* (dem russischen Erdölproduzenten) verbündet, mit dem es eine parallele Gaspipeline nach China bauen wollte.

<sup>45</sup> Vgl. Rahman, Bayan/Jack, Andrew, *FT*, 14.10.2003, S. 4; und Rutland, Peter, »Pipeline Pirouette in Northeast Asia«, *Eurasia Daily Monitor*, Jg. 1, H. 53, 16.7.2004.

<sup>46</sup> Vgl. auch Brooke, James, *IHT*, 11.1.2005, S. 2.

<sup>47</sup> Vgl. hierzu Umbach, Frank, »The Wounded Bear and the Rising Dragon – The Sino-Russian Relationship at the Beginning of the 21<sup>st</sup> Century: A View from Europe«, *Asia-Europe Journal*, Nr. 2 (2004), S. 43–62; ders., »Russia's Strategic and Military Interests in North- and Southeast Asia«, in: Crutcher, Michael H. (Hg.), *The Russian Armed Forces at*

nicht nur den vollständigen Bau der Pipeline zu bezahlen, sondern auch erhebliche Entwicklungsgelder für den Russischen Fernen Osten bereit zu stellen.

Für Russland ist nicht nur das japanische Angebot unter finanziellen Gesichtspunkten bisher attraktiver, sondern es eröffnet mit dem Zugang zum Meer neue Märkte wie die Verschiffung von Rohöl in die USA. Kritiker monieren allerdings, Moskau »[...] is treating the Russian Far East more as a source of strategic vulnerability than a region of economic potential«. <sup>48</sup>

Für Japan wiederum eröffnet eine 4.200 Kilometer lange Pipeline nach Nachodka endlich die Möglichkeit, die Abhängigkeit von Ölimport aus dem Persischen Golf signifikant zu verringern. Die Kosten der Pipeline werden von Seiten Tokyos mit 8 bis 22 Milliarden US-Dollar beziffert. Aber auch aus Sicht Chinas würde eine solche Pipeline direkt von Angarsk nach China die eigene Versorgungssicherheit stärken, da auch China immer abhängiger wird von verschifften Rohölimporten aus dem Mittleren Osten. Im Falle einer außenpolitischen Krise mit den USA könnten diese leicht von den US-Flotten im Indischen Ozean und in Ostasien blockiert werden. <sup>49</sup>

Da die Verärgerung über die russische Seite in China groß war, ist Moskau inzwischen bemüht, China eine Alternative zu offerieren. Eine Möglichkeit besteht in einer Abzweigung der Ölpipeline in die Volksrepublik. Dies setzt aber voraus, dass erstens genügend Ölressourcen in Angarsk vorhanden sind und zweitens eine solche abzweigende Pipeline sich finanziell für beide Seiten rechnet. Beides ist bisher von russischer Seite nicht eindeutig positiv beantwortet worden. <sup>50</sup> Irritiert zeigte sich Beijing darüber, dass Moskau inzwischen den Bau einer 17 Milliarden teuren, 3.055 Kilometer langen Gaspipeline nach Südkorea im November 2003 vereinbart hat. Aus Sicht Beijings gehen die russischen Öl- und Gasressourcen für China zunehmend verloren, womit die Abhängigkeit von problematischen Energieimporten aus dem Mittleren Osten noch weiter

---

*the Dawn of the Millenium*, Center for Strategic Leadership/The United States Army War College, Carlisle Barracks, PA, December 2000, S. 261–321.

48 Rutland, »Pipeline Pirouette in Northeast Asia« [wie Fußnote 44], S. 3.

49 Vgl. auch Murphy, David, »Asia's Pipeline Politics«, *FEER*, 24. Juli 2003, S. 13–16; Shue, Stephen, »The Chinese Perspective on the Daqing Pipeline Project«, *China Brief*, Jg. 4, H. 2, 20.1.2004.

50 Vgl. McGregor, Richard/Pilling, David, *FT*, 24.3.2004, S. 1.

zunehmen könnte. Bis 2010 könnten diese um bis zu 3 Millionen Barrel täglich zusätzlich ansteigen.

Demgegenüber hat die neue Ressourcenkonkurrenz zwischen Japan und China mit dem Pipelinestreit einen neuen Höhepunkt erreicht, der die bilateralen Beziehungen zusätzlich belastet.<sup>51</sup> Manche Kommentatoren sprechen bereits von einem »unerklärten Ölkrieg« zwischen Japan und China.<sup>52</sup> Im Moment scheint jedoch Japan ausnahmsweise einmal die besseren Karten zu besitzen, wenngleich die geschätzten Kosten mit bis zu 16 Milliarden US-Dollar inzwischen deutlich in die Höhe geschossen sind.<sup>53</sup> Zudem hat Tokyo mittlerweile angedroht, dass es sich aus dem Projekt mit Russland zurückziehen werde, wenn Moskau mit dem Bau einer parallelen Pipeline beginnen sollte und so China vor Japan Öl aus Angarsk erhalte. Japan fürchtet offenbar, dass dann das Endstück der Pipeline an die Küste vielleicht niemals gebaut wird, obwohl Tokyo das erste Teilstück bereits finanziert hat.<sup>54</sup> Offensichtlich spielt hierbei Moskau Japan und China in einem »sibirischen Pipeline-Spiel«<sup>55</sup> gegeneinander aus, muss aber aufpassen, dass es nicht selbst am Ende der große Verlierer ist, wenn keine Seite mehr Vertrauen in russische Zusicherungen und die Politik des Kreml hat.

## Schlussfolgerungen und Perspektiven

Trotz der Verringerung der Abhängigkeit des Landes vom Rohöl durch Diversifizierung in andere Energieträger ist die Energiesicherheit Japans nach wie vor bedroht. So ist die Abhängigkeit von Rohölimporten aus dem Mittleren Osten noch immer sehr hoch und könnte im Zeitraum 2010 bis 2020 sogar weiter ansteigen. Auch die Abhängigkeiten des rapide steigenden Flüssiggasimportes aus Südostasien sind angesichts der eher zunehmenden Unsicherheiten und Instabilitäten (Anstieg der gewalttätigen Piraterieüberfälle) der engen Schifffahrtsstraßen in Südostasien problema-

---

51 Vgl. auch Brooke, James, *New York Times (NYT)*, 3.1.2004 (Internetversion); Buckley, Chris, *IHT*, 12.1.2005, S. 11.

52 Roberts, Paul, *Washington Post*, 28.6.2004, S. A21.

53 Vgl. Fackler, Martin, *WSJ/E*, 1.12.2004, S. A2.

54 Vgl. Pilling, David/Gorst, Isabel, *FT*, 30.4./1.5.2005, S. 4.

55 Blagov, Sergei, *Asia Times*, 20.7.2004 (Internetversion).

tisch. Die größten Unsicherheiten bestehen jedoch in Verbindung mit der Zukunft der eigenen Nuklearindustrie. Während die lokalen Widerstände in den letzten Jahren aufgrund der zahlreichen Unfälle als Folge technischen oder menschlichen Versagens, einer gezielten und systematischen Desinformation durch Industrie und staatliche Aufsichtsbehörden und einer völlig überzogenen sowie letztendlich kontraproduktiven Geheimniskrämerei zugenommen haben, ist Japan auf den Ausbau der Kernenergie in mittelfristiger Perspektive angewiesen, wenn eine stabile Energieversorgung gewährleistet und die eigene Versorgungssicherheit gestärkt werden soll. Dies ist nicht zuletzt aufgrund der politischen, sozio-ökonomischen, demographischen und wirtschaftlichen Trends im Mittleren Osten dringend geraten, wie unter anderem die *United Nation Development Programme* (UNDP)-Berichte zur Lage der arabischen Bevölkerung deutlich machen.<sup>56</sup> Ein größerer Prozentsatz am Energiemix wird den erneuerbaren Energien trotz großer technologischer und finanzieller Anstrengungen, einschließlich einer erheblichen Subventionierung in der mittelfristigen Perspektive bis 2025/2030, in Japan nicht zugeschrieben. Vor diesem Hintergrund gewinnt die zukünftige energiepolitische Zusammenarbeit mit Russland eine besondere Bedeutung. Sie ist jedoch bisher völlig unterentwickelt und durch die ungelöste Kurilenfrage sowie das Insistieren auf tradierten Positionen auf beiden Seiten behindert. Allerdings haben sowohl Japan als auch Russland mit Blick auf China ein strategisches Interesse, die beiderseitigen politischen, (energie-)wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen auszubauen.

Noch sinnvoller wäre allerdings eine verstärkte multilaterale Zusammenarbeit vor allem in Nordostasien unter Einbeziehung Japans, Chinas, Süd- und Nordkoreas sowie Russlands. Doch erscheint diese Perspektive derzeit – mit Ausnahme der Projekte auf Sachalin – wenig realistisch. Dies gilt auch für die Idee einer regionalen *Asian Strategic Oil Reserve*, die von Japan vorgeschlagen und von zahlreichen Experten aus anderen Ländern

---

56 Vgl. UNDP, Arab Human Development Report 2002. Creating Opportunities for Future Generations, New York 2002, <http://www.undp.org/ahdr>; UNDP, Arab Human Development Report 2003, New York 2003, <http://www.undp.org/rbas/ahdr/english2003.html>, UNDP, Arabischer Bericht über die menschliche Entwicklung. Auf dem Weg zur Freiheit in der arabischen Welt. Deutsche Kurzfassung, Berlin 2005, [http://www.dgyn.de/pdf/Publikationen/AH-DR\\_summary\\_deutsch\\_neu.pdf](http://www.dgyn.de/pdf/Publikationen/AH-DR_summary_deutsch_neu.pdf), alle Zugriff am: 25.5.2005.

Asiens unterstützt wurde, doch politisch nicht realistisch erscheint.<sup>57</sup> Der Grund hierfür ist nicht so sehr in einem mangelnden wirtschaftlichen Interesse oder unzureichend finanziellen Ressourcen zu suchen, sondern in dem anhaltenden politischen Misstrauen in den bilateralen Beziehungen der Regionalstaaten. So nimmt auch die seit Mitte der neunziger Jahre befürchtete Ressourcenkonkurrenz in Asien und besonders zwischen China und Japan stetig zu. Dies ist nicht zuletzt deshalb problematisch, als auch die militärischen Fähigkeiten zur maritimen Machtentfaltung auf beiden Seiten deutlich ansteigen. Letzteres gilt insbesondere für die chinesischen Streitkräfte, deren Langzeitplanung auf die eigene Sicherung der Seewege (auch gegen die USA) abzielen. Vor diesem Hintergrund eskalierender politischer Konflikte in den bilateralen Beziehungen wird es für die Regierungen in Nordostasien und besonders Japan zukünftig vermutlich eher noch schwieriger, sich statt im täglichen Kleinkrieg mit China um Energieressourcen und -importmöglichkeiten auf die langfristige Lösung globaler Energieherausforderungen (wie die Stärkung der regionalen und globalen Versorgungssicherheit oder die weltweite Klimaproblematik) zu konzentrieren. Die unilateralen Strategien Chinas zur Versorgungssicherheit zwingen andere Regionalstaaten mit einem ähnlich großen Energiehunger, vergleichbare unilaterale Strategien zu entwerfen und diese politisch zu implementieren, wie dies gegenwärtig in der Energiepolitik Indiens beobachtet werden kann. Die Risiken von offenen und gewalttätigen Ressourcenkonflikten nehmen zu und die Chancen für multilaterale Lösungsansätze verringern sich. Auch die japanische Strategie der Energiesicherheit ist derzeit wieder stärker auf einen strategisch-geopolitischen Ansatz ausgerichtet, was multilaterale Kooperationen erschwert, aber vor allem Folge der Rivalitäten mit China ist.

---

57 Vgl. hierzu auch Shin, Eui-Soon, »Joint Stockpiling and Emergency Sharing of Oil: Update on the Situations in the ROK and on Arrangements for Regional Cooperation in Northeast Asia«, Asian Energy Security Workshop, May 13–16, 2005, Beijing, China.